Oeffentliches Sanitätswesen. Die Meldepflicht bei Geschlechtskrankheiten.¹⁾

Von Dr. Martin Chotzen in Breslau.

Die auf Grund eines ministeriellen Erlasses vom 13. Mai 1898 neuerdings erfolgte Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht bei venerischen Krankheiten ist für alle Aerzte, mögen sie allgemeine oder specialistische Praxis treiben, als Kassenärzte oder an Krankenhäusern thätig sein, von so weittragender Bedeutung, dass eine ausführliche Besprechung derselben angebracht erscheint.

Die erste Empfindung, welche die Mehrzahl der Aerzte beim Lesen dieser Bekanntmachung beherrschte, war die der Entrüstung. Man hatte das Gefühl, die Behörde stelle an den Arzt das Ansinnen, eine seiner vornehmsten Pflichten, die Wahrung des Berufsgeheimnisses, zu verletzen, und zwar auf Grund von Bestimmungen, welche seit langer Zeit von den Behörden nicht gehandhabt, von den Aerzten völlig vergessen waren. Aus dieser Empfindung heraus fügt Unna (Mtsh. f. Dermat. Bd. 27./7) beim Abdruck der Bekanntmachung den Schlusssatz hinzu: „Wir geben den Collegen den guten Rath, sich nicht an diese bereits fossil gewordene Verordnung zu halten, da sie sonst wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses in einen sehr ernststen Conflict gerathen könnten.“

So seltsam es auch im ersten Augenblick anmuthen mag, am Ende des Jahrhunderts ein Regulativ aus dem Anfange desselben wieder ausgegraben zu sehen, so nahe es auch liegt, diese Verordnung für fossil zu erklären: der Rathschlag, sich an diese Verordnung nicht zu halten, die Befürchtung, es könnte sonst eine Verletzung des Berufsgeheimnisses eintreten, ist ungerechtfertigt.

Das Berufsgeheimniss findet im Strafgesetzbuche für das deutsche Reich im § 300 Ausdruck. Es lautet:

„Rechtsanwälte, Advokaten, Notare, Vertheidiger in Strafsachen, Aerzte, Wundärzte, Hebammen, Apotheker sowie die Gehilfen dieser Personen werden, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Unter „Privatgeheimniss“ ist nach der Reichgerichtsentscheidung vom 26. Juni 1894 die Geheimhaltung jeder Wahrnehmung zu verstehen, deren Bekanntwerden nicht im Interesse der betreffenden Person liegt, vielmehr geeignet ist, deren Ehre, Ansehen oder Familienverhältnisse zu beeinträchtigen oder zu schädigen.

„Unbefugt“ ist nach dem Commentar von Olshausen die Mit-

theilung, wenn sie ohne Zustimmung der anvertrauenden Person geschieht, soweit nicht eine gesetzliche Vorschrift den Arzt zur Offenbarung zwingt oder dieselbe für zulässig erklärt.

Aus diesen Worten geht unzweideutig hervor, dass der Arzt, sobald er durch gesetzliche Vorschriften zur Offenbarung der von ihm gemachten Wahrnehmung gezwungen wird, sich niemals einer Verletzung des Berufsgeheimnisses schuldig macht.

Die vorliegende Bekanntmachung verlangt die Meldung Syphilitischer auf Grund einer gesetzlichen Vorschrift, auf Grund des Regulativs vom 8. August 1835, welches in der Gesetzessammlung veröffentlicht wurde und bis zum heutigen Tage noch nicht aufgehoben ist. Es besteht daher dieses Regulativ noch heute zu Recht, und der Arzt ist verpflichtet, diesem Gesetze nachzukommen; er hat keine Berechtigung, sich durch Berufung auf seine Verschwiegenheitsverpflichtung der Meldepflicht zu entziehen. Thatsächlich wurde auch bisher von den Aerzten das genannte Regulativ von 1835 als rechtsgiltige und für sie verbindliche Vorschrift anerkannt, denn die Meldepflicht bei acuten Infectiouskrankheiten beruht auf ebendemselben Gesetze. Es hat sich bisher noch kein Arzt in seinem Gewissen bedrückt gefühlt und es für eine ungehörige Zumuthung erachtet, wenn er Typhus, Puerperalfieber oder Diphtherie zu melden gezwungen wurde. Der § 9 des Regulativs von 1835 lautet ganz allgemein: „Alle Familienhäupter, Haus- und Gastwirth und Medicinalpersonen sind schuldig, von den in ihrer Familie, ihrem Hause und ihrer Praxis vorkommenden Fällen wichtiger und dem Gemeinwesen Gefahr drohender ansteckender Krankheiten nach Maassgabe der sub II enthaltenen näheren Bestimmung, sowie von plötzlich eingetretenen verdächtigen Erkrankungs- oder Todesfällen der Polizeibehörde ungesäumt schriftlich oder mündlich Anzeige zu machen.“

Wenn die Aerzte bisher vor der Meldung der Syphilis sich scheuten, so geschah dies wohl aus der Erwägung, dass die acuten Infectiouskrankheiten ohne Zuthun erworben, als unglücklicher Zufall betrachtet, aber nicht zum Vorwurfe angerechnet werden. Die venerischen Krankheiten jedoch sind zumeist als die Folgen einer aus eigenem Antriebe ausgeübten, also vermeidbaren Handlungsweise anzusehen. Das oft noch stark entwickelte Schamgefühl des Kranken, welches ihm schon den Entschluss, sich dem Arzte zu offenbaren, schwer werden lässt, die Auffassung der meisten Laien, welche in den Geschlechtskrankheiten eine ganz besonders abstossende, schmutzige, ja unmoralische Erkrankung sehen und sie veranlasst, diese Kranken, auch wenn es nicht unbedingt erforderlich, aus ihrer Umgebung rücksichtslos zu entfernen, legen es dem rücksichtsvollen Arzte besonders nahe, den Kranken vor der Offenbarung des Leidens, soweit es nur irgend angängig, zu bewahren. So anerkennenswerth aber auch dieses Mitgefühl ist, es muss Halt machen vor den festen Vorschriften eines zu Recht bestehenden Gesetzes, zumal wenn die Aerzte selbst die Einschränkung der stetig zunehmenden Geschlechtskrankheiten für geboten erachten und wenn die Staatsorgane durch erneute Veröffentlichung bekunden, dass sie auf der Befolgung des Gesetzes bestehen.

Die erneute Veröffentlichung enthält ausser der besonderen Anführung der zu beachtenden § 65 Abs. 1 u. 3 und § 69, über deren Rechtskraft kein Zweifel besteht, noch den Schlusspassus, dass die Minister die Bestimmung getroffen haben, es sei unter „syphilitischen Erkrankungen“ nicht nur die constitutionelle Syphilis, sondern auch Tripper und weicher Schanker nebst Folgezuständen zu verstehen. Eine derartige Bestimmung, was unter einem in einem Gesetze enthaltenen Begriffe zu verstehen sei, hat an sich keine unbedingte Gesetzeskraft, sondern ist nur als Interpretation anzusehen, welche für die den Ministern unterstehenden Beamten, also hier den Polizeipräsidenten, eine Maassgabe für die Uebertretungsverfolgung bedeuten soll. Verhängt der Polizeipräsident auf Grund dieser Interpretation eine Polizeistrafe, so ist bei Einlegung der Berufung wohl möglich, dass der Richter auf Straffreiheit erkennt, indem er die Interpretation, weil im Gesetze nicht ausgesprochen, für unzulässig erklären kann. Wie aus einer Notiz der Deutschen Juristenzeitung No. 23/98 S. 474 hervorgeht, hat das Kammergericht am 12. Mai 1898 (Art. S. 261/98) in dieser Frage sich dahin geäussert: „Wie das K.-G. bereits in dem Urtheil vom 18. April 1895 (Johow XVI. 465) ausgeführt hat, ist die Materie, welche die Verpflichtung der Aerzte betrifft, den Ausbruch ansteckender Krankheiten, sowie alle plötzlichen Erkrankungen der Polizeibehörde anzuzeigen, von dem durch A. K. O. vom 8. August 1835 bestätigten, noch zu Recht bestehenden Regulativ erschöpfend geregelt.“

Soweit eine Polizeiverordnung Bestimmungen enthält, welche über die des Regulativs hinausgehen, steht sie mit dem letzteren in Widerspruch und ist nach § 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung insoweit ungiltig.“

Es wäre wünschenswerth, dass derjenige Arzt, welcher zuerst auf diese Interpretation des Schlusspassus der vorliegenden polizeilichen Bekanntmachung hin zu einer Polizeistrafe verurtheilt wird, die Angelegenheit durch alle Instanzen hindurch verfolgt, resp., weil die Gerichtskosten bedeutende werden, der Aerzteverein, welchem er angehört, des Prinzips halber die Angelegenheit durchführt.

Gegen die Rechtskraft der Interpretationsbestimmung können Einwände erhoben werden, gegen den zweckentsprechenden Werth derselben aber nicht. Als das Regulativ im Jahre 1835 erlassen wurde,

¹⁾ Nach einem im Verein der Breslauer Aerzte am 17. November 1898 erstatteten Referate.

war die Anschauung über Syphilis eine andere als heute. Ulcus molle und Lues fielen unter einen Begriff; es herrschte damals noch die unitarische Anschauung, während heute die dualistische Allgemeingut geworden ist und unter „syphilitischer Erkrankung“ nur Lues verstanden wird. Der Gesetzgeber wollte gegen die Ausbreitung beider Krankheiten einen Schutz herstellen; es entspricht also dem Sinne des Gesetzes, wenn jetzt ausdrücklich hervorgehoben wird, dass nicht nur Lues, sondern auch weicher Schanker als meldepflichtige Krankheit aufzufassen ist. Ebenso entspricht es dem Sinne des Gesetzes, dass auch der Tripper hierzu gerechnet wird. Die §§ 65 und 69 sprechen zwar nur von „syphilitischen Uebeln, syphilitisch kranken Soldaten, syphilitisch angesteckten Personen“, aber der Gebrauch des Eigenschaftswortes „syphilitisch“ hat der ganzen Bedeutung des Gesetzes nach nur den Sinn von „geschlechtskrank“, von „venerisch“. Es wäre völlig verkehrt, dem nach der damaligen Auffassung Alles umgreifenden Worte eine unserer heutigen präziseren Ausdrucksweise angepasste einschränkende Bedeutung beizumessen und zu sagen, von Tripper steht in den Paragraphen kein Wort, folglich bin ich nicht verpflichtet, diese Krankheit zu melden.

Nur in einem Punkte geht die Interpretationsbestimmung meinem Ermessen nach zu weit: in der Hinzufügung der Worte „nebst Folgezuständen“. Es giebt Folgezustände der Syphilis, des weichen Schankers und des Trippers, welche nicht mehr Ansteckungsfähigkeit besitzen. Die Meldung von derartigen Kranken erzwingen zu wollen, geht über den Rahmen des vom Gesetzgeber Beabsichtigten hinaus, und ein Widerstand der Aerzte hiergegen erscheint gerechtfertigt. Ich werde späterhin auf diese „Folgezustände“ zurückkommen und zeigen, dass sie in Bezug auf die Meldepflicht tatsächlich nur einer bestimmten Kategorie von Geschlechtskranken gegenüber von Bedeutung sein können.

Bei einer genaueren Prüfung der in der Bekanntmachung angeführten Paragraphen geht hervor, dass dieses „fossil gewordene“ Gesetz von 1835 ganz ausgezeichnet ausgearbeitet ist. Seine Bestimmungen treffen auch heute noch, nach 63 Jahren, was beabsichtigt war und einer für die Gesundheitserhaltung der Staatsbürger bedachten Regierung als Ziel vorschweben muss.

Das Gesetz macht einen Unterschied zwischen Civilpersonen und Soldaten.

Es hebt ausdrücklich hervor, dass nicht alle syphilitischen Civilpersonen ohne Unterschied gemeldet werden müssen, sondern nur dann, wenn nach Ermessen des Arztes von der Verschweigung der Krankheit für den Kranken selbst oder das Gemeinwesen nachtheilige Folgen zu befürchten sind.

Diese Rücksichtnahme auf das Ermessen des Arztes ist von grossem Werthe. Es wird dadurch in den meisten Fällen dem Arzte die Möglichkeit gegeben, die Behandlung des der Verschwiegenheit oft so ausserordentlich bedürftigen Kranken ohne Meldung zu Ende zu führen, und nach wie vor wird das Sicherheitsgefühl des Kranken, dass er sich dem Arzte rückhaltlos anvertrauen könne, nicht erschüttert werden. Es wird nur in seltenen Fällen die Meldung zum Besten des Kranken selbst oder des Gemeinwesens nothwendig sein.

Der Kranke selbst kommt in Betracht, wenn z. B. ein Angestellter, wiewohl er seinem Dienstherrn mitgetheilt hat, er sei geschlechtskrank und bedürfe nach der Anordnung des Arztes der Schonung oder der Entlassung aus dem Dienste behufs Aufnahme in eine Heilanstalt, weder Schonung noch Dienstentlassung erreichen kann. Nehmen wir an, eine Kellnerin leide an Gonorrhoe und will ihre Stellung, in welcher sie trotz aller Polizeiverbote zum Zwecke des Animirens übermässige Quantitäten Alkoholica zu sich nehmen muss, vergeblich verlassen; eine kasernirte Prostituirte oder eine geheime Prostituirte, welche unter dem angeblichen Titel einer Kellnerin angestellt ist, werde von ihrem Dienstherrn, sei er Bordellwirth oder Restaurateur, wiewohl er weiss, dass sie an Genitalgeschwüren leide und geschont werden müsse, dennoch gezwungen, sich dem Geschlechtsverkehre hinzugeben; ein Feldarbeiter, welcher an einem ausgedehnten ulcerösen Syphilide leidet, sich selbst dasselbe nicht sachgemäss verbinden kann und allmählich unter der profusen Eiterung immer mehr und mehr herabkommt, wird der dringenden Erntearbeit wegen und mangels verfügbarer Ersatzkräfte trotz seiner Bitten nicht aus der Arbeit entlassen; ein mittelloser, keiner Krankenkasse angehöriger, herumwandernder Handwerker, welcher an Gonorrhoe und gangränescirender Paraphimose leidet, wird von der Aufnahme in eine Krankenanstalt ausgeschlossen, weil er nicht ortsangehörig ist: derartige und ähnliche Fälle, wie sie das tägliche Leben in mannigfacher Verschiedenheit bietet, der Polizeibehörde zu melden, ist der Arzt verpflichtet. Es ist ohne Weiteres zuzugeben, dass diese Pflicht, im geeigneten Falle geübt, ohne jedes Bedenken für jeden Arzt erfüllbar ist. Gerade der Arzt ist diejenige Person, welcher von dem Kranken zuerst und oft einzig und allein Mittheilung gemacht wird, wie Böswilligkeit oder eine Verkettung unglücklicher Umstände eine zweckmässige Pflege verhindern; umsomehr muss der Arzt für eine Abschaffung eines derartigen Zustandes eintreten, und der Gesetzgeber thut Recht daran, dass er ihm diese Verpflichtung auferlegt.

Das Gesetz verlangt ferner die Meldung im Interesse des Gemeinwesens: „wenn nachtheilige Folgen für das Gemeinwesen zu be-

fürchten sind“. Der Begriff des Gemeinwesens ist in § 65 gegenübergestellt dem des „Kranken selbst“, es ist also jede zweite und weitere Person ausser dem Kranken darunter zu verstehen; es sollen also alle diejenigen Fälle von Geschlechtskranken gemeldet werden, von denen nach Ermessen des Arztes Uebertragung auf Andere zu befürchten ist. Die Uebertragungswahrscheinlichkeit ist bei Tripper, weichem Schanker und Syphilis nicht in gleich hohem Grade vorhanden. Während beim weichen Schanker die Uebertragung nur durch eine willkürliche Handlung, durch Ausübung des Coitus, zu fürchten ist, kann sie beim Tripper und bei Syphilis auch durch unwillkürliche, fahrlässige Handlungen zu Stande kommen.

In der Mehrzahl der Fälle wird eine Belehrung des Kranken über die Giftigkeit des Trippereiters, über die Nothwendigkeit, mit Trippereiter beschmutzte Verbandstoffe oder Wäsche sorgfältig zu vernichten, resp. zu reinigen, über die Gefahr des Zusammenschlafens mit Geschwistern oder Kindern, über vorsichtiges Reinhalten der Closetbretter, über das Aussetzen des Geschlechtsverkehrs genügen, um eine Uebertragung zu verhüten. Selbst bei Syphilis, deren Ansteckungsfähigkeit bei dem chronischen Charakter und den nur allzu oft wenig oder gar nicht fühlbaren Erscheinungsformen am meisten zu besorgen ist, kommt im allgemeinen eine Gefährdung des Gemeinwesens selten zu Stande. Die aussergeschlechtliche Uebertragung der Syphilis spielt gegenüber der geschlechtlichen eine so untergeordnete Rolle, dass für gewöhnlich die Meldung des Syphilitikers unterbleiben kann. Es bleiben nur wenige Fälle übrig, wo eine Verbreitung der Krankheit zu gewärtigen und eine Meldung geboten ist.

Hierzu wäre z. B. der Fall zu rechnen, dass eine geschlechtskranke Prostituirte von einem Privatarzte ambulant behandelt werden will. Der Lebensberuf einer derartigen Person gewährt keine Sicherheit, dass sie den ärztlichen Anordnungen stets und sorgfältig nachkommt, nur ihr freiwilliger oder zwangsweiser Aufenthalt in einer privaten oder öffentlichen Krankenanstalt schützt davor, dass sie dem Gemeinwesen gefährlich wird. Es ist durchaus zu verwerfen, dass die Prostituirte durch ärztliche Atteste der polizeilichen Controlle und Krankenhausbehandlung entzogen wird; es ist Pflicht des Arztes, eine solche Kranke ihrer Gemeingefährlichkeit wegen zu melden, wenn sie dem Rathschlage, sich freiwillig in eine Heilanstalt aufnehmen zu lassen, nicht nachkommen will.

Auch bei der geheimen Prostituirten ist unter Umständen die Meldung im Interesse des Gemeinwohles zu erstatten. Ich denke an einen Fall, wo eine zugereiste Chansonnettesängerin eine grössere Anzahl Herren inficirte und ungeachtet eindringlichster Warnung auch noch mit weiteren Personen geschlechtlich verkehrte; an einen anderen Fall, wo eine in einer öffentlichen Badeanstalt bedienstete Badewärterin im vollen Bewusstsein ihrer Ansteckungsfähigkeit mit den Badegästen nach wie vor geschlechtlichen Umgang trieb.

Selbst Personen, welche nicht gewerbsmässigen Geschlechtsverkehr ausüben, sind unter gewissen Umständen der Behörde anzugeben. Ich erinnere mich, dass in einem Dorfe binnen Kurzem eine erstaunlich grosse Zahl der unverheiratheten Insassen an Syphilis erkrankte und erst durch zwangsweise, behördlich veranlasste Untersuchung, resp. Behandlung aller Knechte und Mägde des Dorfes die weitere Ausbreitung verhütet wurde. Ich denke andererseits an einen Fall, wo ein mit nässenden luetischen Papeln am Penis und Scrotum behafteter Mann, welchem jeglicher Geschlechtsverkehr eindringlichst verboten wurde, bei seiner Ehefrau unter Misshandlungen die Cohabitation erzwang: welcher Arzt wird Bedenken tragen, ein derartig verrohtes Individuum durch Meldung an die Behörde und Unterbringung in eine Krankenanstalt für das Gemeinwesen unschädlich zu machen?

Der § 65 Abs. 1 des Regulativs erweist sich für gewisse, seltene Fälle geradezu als eine segensreiche Vorschrift, die von dem Arzte unumwunden anerkannt zu werden verdient; sie hält sich fern, eine unbedingte Vorschrift zu sein, sie lässt dem Ermessen des Arztes, dem Abwägen des einzelnen Falles den weitesten Spielraum, und gerade deswegen ist vom ärztlichen Standpunkte aus ein Widerstand gegen dieselbe nicht zu erheben. (Schluss folgt.)